

# Nach der Fastenkur die Völlerei?

## Paris contra Bonn: Der Euro zwischen den Mühlsteinen von Stabilitäts- und Beschäftigungspakt

Von Josef Joffe

Die „Achse“ Frankreich-Deutschland hält, aber sie knirscht – und dies zum Preis eines weiter wachsenden Heuchelei-Quotienten in Europa. Die neue Regierung Jospin hatte eine mittlere Bombe in den ohnehin schon aufgewühlten Euro-Teich geworfen, als sie plötzlich am „Stabilitätspakt“ rüttelte. Den hatten sich die Deutschen ausgedacht: einen gemeinschaftlichen Tugendsschwur der Euro-Länder, der – sanktionsbewehrt – jedes Mitglied der Währungsunion dazu zwingen soll, auch nach der Euro-Einführung schärfste Haushaltsdisziplin zu wahren.

Der Stabilitätspakt gehört zum logischen Kern des Euro. Denn: Was nützt die fiskalische Tugend auf dem Weg zur Einheitswährung, wenn hernach wieder fröhlich gesündigt werden kann – wenn dieser oder jener Staat wieder kräftig Schulden machen kann. Das wäre wie eine 1000-Kalorien-Diät, die bloß die Vorstufe zur Völlerei ist.

Nun zeichnet sich ein deutsch-französischer Kompromiß ab. Jospin hebt doch die Hand zum Schwur; im Gegenzug

wird auf dem Amsterdamer Gipfel nächste Woche („Maastricht II“) ein neues Kapitel in den Vertrag eingebaut, das Job-Wachstum zur höchsten EU-Priorität erklärt. Nun gäbe es einen Weg dazu à la USA und England in den 80er Jahren – Deregulierung, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Beschneidung der Staatsquote usw. Bloß ist es das nicht, wonach den französischen Sozialisten der Sinn steht. Sie wollen vielmehr einen noch größeren öffentlichen Sektor und noch mehr staatliche Beschäftigungspolitik.

Das führt zum Heuchelei-Quotienten zurück. Entweder meinen die Europäer es ernst und folgen den Franzosen; das bedeutet logischerweise die Aufweichung des Stabilitätspaktes und seiner Kriterien. Oder sie tun nur so, um Jospin/Chirac zu besänftigen; dann unterschrieben sie etwas, was sie nicht einzuhalten gedenken. Derlei nennt man Heuchelei.

Nun haben sich just die fünf christdemokratischen EU-Regierungschefs in Straßburg getroffen. Ihre Botschaft lautet: Am Inhalt des Stabilitätspaktes darf nicht gerüttelt wer-

den, am Euro-Zeitplan auch nicht. Kohl ganz kühl und knapp noch am vorigen Sonntag: „Die Kriterien des Maastrichter Vertrages stehen nicht zu Diskussion.“

Was gilt? Vorauszusehen ist nur, daß die Hauptkandidaten die Kriterienhürde bis 1998 nicht schaffen werden. Wahrscheinlich ist überdies, daß Ländern wie Frankreich das nationale Hemd näher ist als der europäische Rock. Oder wie der Konservative Chirac es in überparteilicher Harmonie mit dem Sozialisten Jospin ausdrückt: Seine Regierung betone mit „gutem Recht“ die „sozialen Fragen“, also den Anspruch auf eine expansive Ausgabenpolitik. Ähnliches sagen längst auch deutsche Politiker von links bis rechts.

Dies ist kein gutes Omen, weder für Amsterdam noch für den Euro. Und den Bürger muß es grämen, auch wenn er von den Feinheiten der Makro-Ökonomie soviel versteht wie Kohl. Er fragt sich, wie denn ein gut Ding wie die europäische Integration gedeihen soll, wenn der Weg dahin mit unhaltbaren oder einander widersprechenden Vorsätzen gepflastert ist.